

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 Mk. im voraus jährlich. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Geschäftsbedingungen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänisch, das Baltikum, Mittel- und Ost-Europa sowie die russischen Gebiete des Ostens u. Luxemburgs 20 Mk., für das übrige Ausland 27 Mk. per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 15 Mk. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 50b.

Die achtspaltige Annoncenzeile oder deren Raum kostet 5.— Mk. einschließlich Teuerungszuschlag. Klein-Anzeigen: Das fertige Wort 2.— Mk., jedes weitere Wort 1,50 Mk. einschließlich Teuerungszuschlag. Kaufende Anzeigen: laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 1,20 Mk. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 Mk., jedes weitere Wort 1.— Mk. Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Briand über Oberschlesien

### Eine Rede in der Kammer / Wichtige Erklärungen / Merkbare Entspannung

Paris, 24. Mai.

In der heutigen Kammer Sitzung wurde die Beratung über die auswärtige Politik der Regierung fortgesetzt. Ministerpräsident Briand erklärte, er begreife die Erregung, die sich angesichts der Ereignisse in Oberschlesien im Lande zeige. Während der Beratungen über den Friedensvertrag habe eine interalliierte Kommission die oberschlesische Frage genau geprüft. Die Arbeit habe mehrere Monate gedauert, und die Mitglieder der Kommission seien einstimmig zu dem Entschluß gekommen, Oberschlesien Polen zuzusprechen. Auch die Alliierten hätten sich einstimmig diesem Beschluß angeschlossen, und diese Vertragsklausel sei Deutschland übermittleit worden, das dann in Gegenverschlüssen Anspruch auf diese Gebiete erhoben habe. Der Oberste Rat habe alsdann den Interessen Polens entgegen eine Volksabstimmung zugelassen, um das Recht Polens zu rechtfertigen. Die Polen hätten starke Gründe gehabt, zu glauben, daß Oberschlesien ihnen zufallen werde. Bei der Abstimmung aber hätten 180 000 in Oberschlesien geborene Deutsche mitgestimmt. Frankreich habe immer gewollt, daß der Friedensvertrag loyal ausgeführt werde. Niemand habe es die Absicht gehabt, Polen Gebiete zuzuteilen, die den Deutschen zugesprochen werden müßten. Nach dieser Richtung sei er mit dem englischen Premierminister vollkommen einig.

Oberschlesien sei niemals als ein rein deutsches Land angesehen worden.

Die englischen und die deutschen Autoren, auch der deutsche Atlas, befanden das. Oberschlesien sei vor 600 Jahren mit Gewalt zu Deutschland gekommen. Der Vertrag sage, daß die Grenzbestimmungen nach geographischen Rücksichten getroffen werden müßten. Es wäre also keine gerechtfertigte Abstimmung, wenn man eine Unterscheidung machen wollte zwischen armen und reichen Gebieten, zwischen den Stimmen der polnischen Arbeiter und der reichen Deutschen. Briand fuhr fort: Wenn in dem Minenbezirk die polnischen Arbeiter die Mehrheit der Stimmen hätten, dann müßten diese Stimmen bei dem Votum den Ausschlag geben. (Beifall.) Er lagte das nicht in der Absicht, zu polemisieren, denn unter Alliierten müsse man dies in Ruhe auseinandersetzen und dürfe keine Hintergedanken haben. Dann werde man sich verstehen.

Man habe behauptet, Frankreich fordere, daß die Minenbezirke Polen zugesprochen würden, und es begünstige damit Polen. Nach einem Kriege, wie dem letzten, habe Frankreich das Recht, gewisse Befürchtungen zu hegen. Wenn man einem Lande wie Polen das Leben geben wolle, sei es nur natürlich, daß man auch daran denke, ihm seine Existenzmöglichkeit zu geben. Von diesem Wunsche besetzt, hätten die Alliierten Polen einen Zugang zum Meere durch Brücken hindurch gesichert. Das genüge aber nicht. Wenn ein Land nicht die Mittel zum Leben habe, dann sterbe es oder es falle der Herrschaft der Nachbarn anheim. In dem Bergwerksbezirk Oberschlesien habe Polen nicht nur die gesamte Mehrheit, sondern auch die Mehrheit nach Kommunen erlangt. Der französische Kommissar sei also berechtigt gewesen, seine Schlußfolgerung zu unterbreiten. Nach einer Auseinandersetzung über die Rolle des französischen, des englischen und des italienischen Kommissars sagte Briand, es bereite oft Angelegenheiten, wenn eine Debatte wie die über die Volksabstimmung auf dem öffentlichen Markte erfolge und wenn eine Presspolemik sich dieser Frage bemächtige.

Briand fuhr fort. Er habe noch eine schwere Stunde gegenwärtig.

#### eine dramatische Stunde der Londoner Konferenz.

Damals habe es den Anschein gehabt, der Unterschied in der Auffassung zwischen Frankreich und Großbritannien sei so groß, daß es unmöglich sei, die beiden Auffassungen einander näher zu bringen. Die Worte des englischen Premierministers lägen ihm noch in den Ohren, als er gesagt habe, er möge nicht der Staatsmann sein, der es mit seinem Gewissen verantworten müsse, ein so ernstes Ereignis vorbereitet zu haben. Wenn man das Gefühl des Ernstes eines solchen Ereignisses habe, dann sei es sicher, daß man alles tun werde, um es nicht zu provozieren, und Frankreich verlange, daß der Vertrag loyal spiele, und zwar in seinem Geiste und in seinen Worten. Ministerpräsident Briand gibt zu, daß die Militärs vielleicht nicht ganz geeignet seien, um in voller Gerechtigkeit die Bestimmungen des Vertrages zu wärzigen, und um eine Grenzlinie zu ziehen. Die Alliierten müßten sich nach dem Abkommen wie in allen anderen Fällen aussprechen. Die Gerechtigkeit müsse siegen, und an dem Tage, an dem die Gerechtigkeit triumphiert habe, werde Oberschlesien vor der Anarchie gerettet sein (Beifall). Briand geht alsdann auf den Ursprung der Unruhen zurück und sagt, die Polen seien erregt gewesen, weil sie geglaubt hätten, sie sollen das Opfer getroffener Abkommen sein. Von London aus habe er angeordnet, daß sofort dem französischen Vertreter telegraphiert werde, daß er alles unternehme, was in seiner Macht stehe, um die Ordnung wieder herzustellen und um die Menschenleben und die Vermögenswerte zu schützen. Hätte man etwa Blut vergießen sollen mit Tanks und Militärkräften? Frankreich habe 12 000 Mann in Oberschlesien; diese hätten die bedrohten Deutschen beschützt, die Ordnung sei wieder hergestellt.

Alle Welt müsse davon befriedigt sein. Der polnischen Regierung habe man mitgeteilt, daß ihre Landsleute sich ins Unrecht leiten. Die polnische Regierung habe die verlangten Maßnahmen ergriffen. Auch die Worte Lloyd Georges seien falsch ausgelegt und schlecht übermittleit worden. (Französische Zwischenrufe rechts.) Briand forderte die Kammer auf, den Takt einzuhalten, den die Debatte erfordere.

Ministerpräsident Briand erinnert an die Erklärung, die er in Abwesenheit des Parlaments in aller Öffentlichkeit habe machen müssen. Er habe Deutschland zu erkennen gegeben, wenn es Truppen entsende — wozu, wie er wisse, eine gewisse Ge-

neiligkeit bestanden habe — dann würden ernste Ereignisse dadurch hervorgerufen. Die deutsche Regierung habe begriffen, er habe die Bedrückung gehabt, am nächsten Tage in den erregtesten Zeitungen eine gewisse Zurückhaltung zu bemerken. Heute vormittag, zu früher Stunde, habe die deutsche Regierung mitgeteilt, daß alle Maßnahmen angeordnet seien, und daß die Zeitungen, die hehnten, verfolgt würden. Es sei auch mitgeteilt worden, daß der preussische Minister des Innern Sicherheitspolizei entsandt habe, um die gegebenen Instruktionen auszuführen zu lassen. Ministerpräsident Briand fährt fort: Sie können mir sagen, daß das Worte sind und daß wir seit zwei Jahren so viele Worte gehört haben, die nicht befolgt wurden, aber heute denke er loyal und aufrichtig, daß Dr. Wirth, der an der Spitze der augenblicklichen Regierung stehe, die sich auf eine andere Mehrheit stütze, als die letzte Regierung, bis jetzt Beweise einer großen Aufrichtigkeit und einer großen Loyalität gegeben habe. Er habe seine Verpflichtungen gehalten und er, Briand, werde darauf nachträglich bei Besprechung der Londoner Beschlüsse zurückkommen. Dr. Wirth habe nicht nur seine Verpflichtungen übernommen, sondern auch begonnen, sie auszuführen.

Ministerpräsident Briand sagte alsdann, er habe eine Politik erläutert, er übernehme keine Verantwortung, die Kammer möge die ihrige übernehmen. Sie solle alsdann wählen zwischen seiner Politik oder einer andern. Die andere Politik wolle er nicht mitmachen ohne zwingende Notwendigkeit. (Lebhafter Beifall links und in der Mitte.)

Ministerpräsident Briand fährt fort, er sei beauftragt, den Friedensvertrag von Versailles anzuwenden. Er müsse daran erinnern, daß der Friedensvertrag von Versailles ein einheitsliches, ein härteres Deutschland in bezug auf Kohäktion und Assimilierung der Rassen geschaffen habe als der Friedensvertrag von Frankfurt. Er wundere sich, daß man ihm Schwäche bei dem Gebrauch dieses Instrumentes vorwerfe. Er habe alle Verpflichtungen gegen das Parlament, nämlich durch die Besetzung von Düsseldorf, Aulzburg und Ruhrort, erfüllt. Abgeordneter Lardieu scheine die Vergangenheit vergessen zu haben und nur an die Zukunft zu denken. Nach einer Schilderung der Verhandlungen von London unterbreitete Briand die große Anstrengung der Belgier, um zu dem Ergebnis in London zu gelangen. Er Briand, wäre härter befaßt worden, wenn er das Ruhrgebiet besetzt hätte. Aber diese Art von Popularität habe er niemals gesucht. (Beifall links und in der Mitte; auf der rechten Seite wird Briand lebhaft unterbrochen, was Profeste von links hervorruft.) Briand fordert seine Kollegen auf, zwischen den beiden Arten von Politik zu wählen.

Der Abgeordnete Kablemair ruft dazwischen: „Die Frage steht doch viel höher, als eine ministerielle Frage.“ Ministerpräsident Briand sagt, der Abgeordnete Kablemair habe ihn nicht verstanden. Wenn es sich um das Interesse Frankreichs handele und wenn er die Kammer auffordere, ihre Wahl zu treffen, dann handele es sich um eine Frage des allgemeinen Interesses. Die für ein isoliertes Frankreich seien, hätten zu bedenken, 200 000 Mann ständen vor dem Industriegebiet, das innerhalb acht Stunden besetzt werden könne. Er frage sich, was erfolgt wäre, wenn man nicht das Abkommen von London getroffen hätte, das die Interessen Frankreichs sicherstelle, und wenn er zurückgekommen wäre mit der Erklärung, Frankreich sei isoliert. Man sage, wenn man Frankreich vertrete, müsse man erklären: ich will, und wenn der andere sich nicht beuge, dann müsse man ihn brechen. Wenn er das getan hätte, dann hätte man es ihm 8 oder 14 Tage später vorgeworfen. Prüfen Sie Ihr Gewissen, ruft Briand unter dem Beifall der Linken und der Mitte.

Er fährt fort, es sei ihm bis jetzt gelungen, die Einigkeit unter den Alliierten aufrecht zu erhalten. Er sei sicher, daß ihm das auch morgen gelingen würde, selbst in der Frage von Oberschlesien. Man müsse unermüßlich daran arbeiten, die Einigkeit in der Welt aufrecht zu erhalten, aber nicht nur im Interesse Frankreichs, denn das britische Volk habe die gleichen Interessen wie das französische. Kein Volk könne mehr isoliert leben. Er steige von der Tribüne herab, indem er sage, die Lage Frankreichs sei weit davon entfernt, schlecht zu sein. Die Stimme Frankreichs sei gehört worden, und überall, in Amerika und in England besonders, würdige man die Festigkeit und die Mäßigung Frankreichs. Deshalb werde er, solange er an der Spitze der Regierung stehe, nicht auf die Politik der Festigkeit und Mäßigung verzichten. (Lebhafter Beifall in der Mitte und auf der Linken, sowie auf einigen Bänken rechts und auf der äußersten Linken.)

Die Sitzung wurde für einige Zeit unterbrochen. Nach Wiederaufnahme erhielt das Wort

#### der sozialistische Abgeordnete Vincent Aurioi.

Er erinnerte daran, daß der Abgeordnete Klotz von einer Schuldsomme Deutschlands im Betrage von 463 Milliarden gesprochen habe. Er geht dann dazu über, das Abkommen von Paris gegen das Abkommen von London abzuwägen. Man habe immer behauptet, daß die 68 Milliarden Goldmark, die man in London festgelegt habe, den 210 Milliarden Papierfranken entsprächen, die Frankreich verlange. Er erinnere daran, daß die sozialistische Partei, die jetzt in Deutschland der Regierung angehöre, die Pflicht zur Reparation anerkenne. Er frage, ob man etwa die Politik der Zwangsmassnahmen gegenüber Deutschland weiter verfolgen wolle, damit die Adulanten und Militaristen ans Ruder kämen. In diesem Falle müsse man die Jahresklasse 1919 fünfzig Jahre unter den Waffen behalten. Der Abgeordnete empfiehlt zum Schluß das Programm der Sozialdemokraten, das in Amsterdam aufgestellt wurde. Die arbeitende Klasse solle sich verständig und dem grausamen Kriegszustand für die Völker ein Ende bereiten. — Die Weiterberatung wird alsdann auf morgen nachmittag vertagt.

## Fort mit dem Kriegsgeschrei!

Die Nationalisten und Militaristen in allen Ländern sehen einander doch zum Verwechseln ähnlich! Sie schreien „Ehre des Vaterlandes“ und meinen die Sicherstellung des kapitalistischen Profits. Sie rufen „das ganze Volk“ zum Kampfe gegen den Feind auf und denken dabei doch immer nur an die Interessen der eigenen Klasse. Die oberschlesische Frage wäre schon längst erledigt gewesen, wenn nicht die französischen Nationalisten die günstige Gelegenheit ergriffen hätten, um doch noch eine neue Vergewaltigung der deutschen Wirtschaft zu versuchen, die durch die Annahme des Ultimatums verhindert worden war. Der polnische Aufstand in Oberschlesien wäre ebenso schnell erloschen, wie er entbrennen konnte, wenn es nicht in die Pläne des französischen Imperialismus gepaßt hätte, ihn über seine natürliche Lebensdauer hinaus zu unterstützen.

Aber auch den Säbeltrählern in Deutschland sind die oberschlesischen Wirren nicht unerwünscht gekommen. Nach ihrer Auffassung hat Deutschland ja gar nicht den großen Krieg verloren, und wenn nicht der berühmte Dolchstoß von hinten gekommen, wenn das deutsche Volk nur noch ein paar Kriegsjahre den Hindenburg und Ludendorff gefolgt wäre, so würde das deutsche Schwert über die ganze bekannte und unbekannte Welt triumphiert haben. Bitteres Unrecht wird uns zugefügt, so lamentieren sie jetzt; wir seien keineswegs verpflichtet, die Schlußfolgerungen aus der Tatsache zu ziehen, daß wir den Krieg verloren haben. Nun aber gilt es, für die Tat der Revanche sich vorzubereiten, und was man den Siegern von heute notgedrungen zugestehen muß, das darf nur unter der Voraussetzung geschehen, daß es ihnen morgen im Vergeltungskriege mit Zins und Zinseszins wieder abgenommen wird. Welch herrliche Gelegenheit also, unter dem Deckmantel der Rettung Oberschlesiens für die kommenden Kriege zu rüsten! Heute der Krieg gegen Polen, morgen der Feldzug gegen Frankreich und übermorgen der entscheidende Schlag wider die übrige Welt: Es ist wieder eine Lust zu leben!

Das deutsche Proletariat muß den Nationalisten, ob sie nun diesseits oder jenseits der Grenze ihr Unwesen treiben, so deutlich wie möglich zu verstehen geben, daß es alle diese kriegerischen Unternehmungen bis obenhin satt hat. Wenn die deutschen Arbeiter kämpfen wollen, so werden sie nicht kämpfen für die Ziele des deutschen Imperialismus, sondern sie werden kämpfen für die Forderungen des Sozialismus. Die deutsche Arbeiterklasse wird nicht die Pläne der deutschen Reaktion unterstützen, sondern sie wird arbeiten für die proletarische Revolution. Wir wollen, daß die Nationen endlich in friedlichem Wettstreit ihre Kräfte gegenseitig erproben und in gemeinschaftlicher Arbeit stärken. Wie wollen aber nicht, daß der Wiederaufbau der Welt immer aufs neue verzögert wird durch die Anmaßungen unbeschäftigter Militärs. Wir fordern, daß endlich die Bahn frei wird für den Sozialismus!

Wenn die deutschen Arbeiter so ihre Aufgabe im eigenen Lande erfüllen, so befinden sie sich in Uebereinstimmung mit den Klassenossen in Frankreich, die sich der Pflicht unterziehen, die französischen Säbelträhler zur Raison zu bringen. Soeben wird aus Paris gemeldet:

Abgeordneter Léon Blum schreibt im „Populaire“, die große französische Presse übertreibe und heute gern die Nachrichten aus Oberschlesien aus. Geschehe das auf Anraten der Regierung? Das wäre seitens des Ministerpräsidenten Briand eine sehr ernste und vielleicht für ihn tödliche Unklugheit. Woran man vor allen Dingen erinnern müsse, sei, daß das neue deutsche Ministerium keine direkte Verantwortung für die oberschlesischen Ereignisse trage, daß es mit aller Gewalt den Anregungen Lloyd Georges widerstanden habe und daß es also augenblicklich nicht mehr Entgegenkommen gegenüber den Freikorps und Freiwilligen gezeigt habe, als die polnische Regierung gegenüber den Insurgenten Korsantus. Wer habe also ein Interesse, die Dinge zu verwideln? Niemand, mit Ausnahme derer, die seit vielen Monaten Frankreich dazu treiben wollten, das Ruhrgebiet zu besetzen, die ihre großen Absichten auf militärische oder industrielle Beherrschung durch die Annahme des Ultimatums seitens Deutschlands hätten zerstreuen sehen und die heute in den Ereignissen das Mittel sähen, die Werte wiederzuerlangen. Briand möge sich in acht nehmen. Er habe diesen Begehrlichkeiten schon von zu viel Nahrung gegeben; er könnte wohl morgen ihr Opfer werden.

Die in diesem Artikel enthaltene Anerkennung der Maßnahmen der deutschen Regierung darf uns nicht dazu verleiten, nunmehr die Hände in den Schoß zu legen und den Dingen ihren Lauf zu lassen. Erhöhte Aufmerksamkeit tut not. Der Reichspräsident hat eine Verordnung erlassen, wonach die Bildung von Freikorps oder die Beteiligung daran mit Strafe bedroht wird. Wir wissen, daß die Rebellen von rechts bisher außerordentlich glimpflich behandelt worden sind, während man gegen Arbeiter, die sich an Aufständen beteiligten hatten, mit den härtesten Strafen vorgegangen ist, die die bürgerliche Gesetzgebung überhaupt nur kennt. Wir fordern keine Ausnahmegesetze gegen die Ortschaften, wie man sie gegen die Teilnehmer am Märzputsch geschaffen hat. Aber das eine müssen wir verlangen, daß alle Nachmittage des Staates gegen die Ruhestörer aus den nationalistischen Kreisen eingesetzt werden. Wenn aber diese Verordnungen

nicht auf dem Papier stehen bleiben sollen, so müssen die Arbeiterorganisationen für ihre Ausführung Sorge tragen. Wir wollen nicht, daß einzelne Arbeiter eine Aktion auf eigene Faust beginnen, die sie den Fängen der bürgerlichen Justiz aussetzen könnte, aber wir müssen aufs neue verlangen, daß die in Betracht kommenden Gewerkschaften und Betriebsräte mit allen Kräften und Mitteln ausgestattet werden, um die Ausführung der Regierungsmassnahmen zu unterstützen. Wird diese Forderung erfüllt, so wird der nationalistische Spul sehr rasch verflohen sein.

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat die Berliner Arbeiterklasse für heute abend zu einer Kundgebung gegen die Versuche aufgerufen, die ober-schlesischen Wirren zur Entfesselung eines neuen Krieges zu benutzen. Wir erwarten, daß diese Kundgebung einen starken Besuch aufweisen und dadurch zum lebendigen Ausdruck des Willens der Arbeiterklasse werden wird, sich nicht länger zum Spielball nationalistischer Hehlerien und militärischer Spielereien machen zu lassen. Die deutschen Arbeiter wollen aber zugleich dem internationalen Proletariat sagen, welches ihr Standpunkt in dieser Stunde ist: Die ober-schlesische Frage kann nicht durch Säbel und nicht durch Kanonen gelöst werden. Es liegt im Interesse des deutschen ebenso wie des polnischen Volkes, daß über Oberschlesien eine Verständigung herbeigeführt wird, die die Lebensnotwendigkeiten dieses Gebietes selbst, wie der von Deutschland und Polen berücksichtigt. Wenn die Regierungen dieser beiden Länder sich bisher als ohnmächtig erwiesen haben, zu einer solchen Verständigung zu kommen, so müssen wir jetzt von den Alliierten verlangen, daß sie endlich die ihnen nach dem Friedensvertrag zustehende Entscheidung fällen, und zwar so, daß sowohl das Abstimmungsresultat anerkannt wird, als auch die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und Polens geschützt werden. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker muß auch in Oberschlesien gewahrt werden. Wenn das Land aufgeteilt wird, so muß durch Schaffung eines Wirtschaftsvertrags dafür gesorgt werden, daß die Rohstoffe wie bisher dem ganzen Gebiet zur Verfügung stehen.

Steht das Proletariat in diesen kritischen Stunden wiederum teilnahmslos beiseite oder glaubt es den kommunistischen Paroleschmeibern, daß aus dem ober-schlesischen Zustand die Weltrevolution erblühen werde, so wird es die Folgen dieser Untätigkeit bald zu spüren bekommen. Nur wenn die Stimme der deutschen Arbeiterklasse zusammen mit den Kundgebungen des Proletariats der anderen Länder zu einem gewaltigen Chor sozialistischer Willens zusammenschlägt, kann sie jene Wirkung erzeugen, der sich auch die Alliierten in ihren Entschlüssen beugen müssen!

## Kundgebung der sächsischen Organisationen

An die gesamte Arbeiterschaft Sachsens!

Nach einwandfreien Feststellungen sind die Organisationen der Orgesch, trotz aller Ablehnungsversuche der rechts-tendenzen Presse, in vollen Aufmarsch begriffen. Die Reichsregierung und die sächsische Regierung hat in Verfolg des Friedensvertrages die Bildung illegaler Formationen und Banden verboten. Die Leiter der Orgesch setzen sich nicht an diese Verbote, vielmehr werden unter dem Deckmantel nationaler Phrasen auch Arbeiter und Arbeitlose, genau wie beim Baltikum-Abenteuer, für diese verbrecherischen Zwecke eingezogen. Das deutsche Volk und vor allem die deutsche Arbeiterklasse müssen alles aufbieten, um diesen reaktionären Treibern, die zu den schwersten Folgen führen müssen, mit allen Mitteln entgegenzutreten. Die Eisenbahnbetriebsräte, die am ehesten in der Lage sind, die Gemeingefährlichkeit der verschleierten Orgesch-Transporte aufzudecken, sind bei der Ausübung ihrer im Interesse aller Volksgenossen gelegenen Aufgabe von solchen Banden zum Teil schwer mißhandelt worden. Nach eingehender gemeinsamer Besprechung mit den sozialistischen Parteien und den in Frage kommenden Gewerkschaften herrscht einmütig die Auffassung, die Eisenbahnbetriebsräte in der Durchführung ihrer wichtigen Aufgabe auf das Tatkräftigste zu unterstützen. Seid wachsam! Duldet keine Vorbereitungen, die zu einem neuen Baltikum-Abenteuer und Rapp-Putsch führen müssen.

Die Hauptbetriebsräte der Eisenbahn-Generaldirektion Dresden.

Leitungsleitung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes Dresden.

Sozialdemokratische Partei Sachsens.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Sachsens.

Vereinigte Kommunistische Partei Sachsens.

## Verbot der Freikorpswerbung

Verordnung des Reichspräsidenten

Amlich wird mitgeteilt:

Um eine Unterlage für die nachdrückliche Unterbindung der Bildung von Freikorps und anderen Freiwilligenverbänden für Oberschlesien in den anderen Teilen des Reiches zu geben, hat der Reichspräsident auf Antrag des Reichsministeriums in Ergänzung der bestehenden Strafbestimmungen eine besondere Verordnung erlassen. Danach wird mit Geldstrafe oder Gefängnis bestraft, wer es unternimmt, ohne Genehmigung der zuständigen Dienststellen Personen zu Verbänden militärischer Art zusammenzuschließen, oder wer an solchen Verbänden teilnimmt. Auch jede Art der Geldunterstützung solcher Unternehmungen ist danach strafbar, ebenso die Werbung und die Aufnahme von Werberwerbungen in der Presse. Die Verordnung bezieht sich auf das ganze Reich mit Ausnahme des Abstimmungsgebietes selbst, in dem die Verwaltung den Alliierten zusteht, denen auch die Regelung des Selbstschutzes dort unterliegt.

Der Wortlaut der Verordnung

Verordnung des Reichspräsidenten über das Verbot militärischer Verbände vom 24. Mai 1921.  
Auf Grund des Artikels 48 der Verfassung des Deutschen Reiches verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet folgendes:

§ 1.

Wer es unternimmt, ohne Genehmigung der zuständigen Dienststellen Personen zu Verbänden militärischer Art zusammenzuschließen, oder wer an solchen Verbänden teilnimmt, wird mit Geldstrafe bis zu 100 000 Mark oder mit Gefängnis bestraft.

§ 2.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, 24. Mai 1921.

Der Reichspräsident.

gez. Ebert.

Der Reichskanzler.

gez. Dr. Wirth.

Der Reichsminister des Innern.

gez. Dr. Gradnauer.

## Die Sperrung der ober-schlesischen Grenze

Die polizeilichen Massnahmen zur Sperrung der ober-schlesischen Grenze sind durchgeführt. Die Grenze ist gesperrt. Das Preussische Ministerium des Innern entsandte neun Hundertschaften Schutzpolizei an die Grenze, welche den Eintritt von Bewaffneten aus Deutschland hindern und aus Oberschlesien zurückkehrende Bewaffnete entwaffnen sollen.

## Vipinski zum Orgehschunfug

In der gestrigen Sitzung des sächsischen Landtages ergriff der Minister des Innern, Vipinski, das Wort zur Frage der Freiwilligen- und Massentransporte nach Oberschlesien und zu dem Vorfall auf dem Dresdner Bahnhof, wo vor einigen Tagen ein Zusammenstoß zwischen Reisenden aus Bayern und dem Betriebsrats-Vorsitzenden stattgefunden hatte. Vipinski erklärte, daß die Polizeibehörde angewiesen sei, dauernd auf Verhinderung solcher Transporte bedacht zu sein. Nachdem die Reichsregierung bereits festgestellt habe, daß die Werbung, Zusammenstellung und der Transport von Freikorps verboten sei, sei in Sachen eine weitere Verfügung ergangen, die sich gegen etwaige Transporte durch sächsisches Gebiet wendet. Auch in Leipzig und Chemnitz würden die Züge scharf überwacht; es seien bereits mehrere Transporte angehalten worden.

## Der erste Kriegsverbrecher-Prozess

Die Weiterführung der am Montag mittag unterbrochenen Verhandlung gegen den ehemaligen Unteroffizier Heynen wurde mit der weiteren Vernehmung der englischen Zeugen ausgefüllt. Sie bestätigten übereinstimmend die Aussagen der vor ihnen vernommenen Zeugen. Einige Zeugen wurden auf den Kopf geschlagen, andere mit Kolbenstößen mißhandelt, weil sie sich sträubten, Bergarbeit zu leisten. Eine besondere Rolle spielt der Fall Croß, der unter die kalte Dultze gestellt wurde. Croß habe schon vorher Zeichen von Geisteskrankheit gegeben. Ein anderer Zeuge, der sich über die Behandlung im Bergwerk beim Angeklagten beschwerte, behauptet, deshalb von ihm geschlagen worden zu sein. Er betont, es seien in dem Lager Strafen bis zu 56 Tagen bei Wasser und Brot verhängt worden. Ein weiterer Zeuge sagt aus, er sei mit dem Gewehrkolben gestochen worden und dabei zu Boden gefallen. Wer in der Nähe des Angeklagten gewesen sei, habe immer Stöße bekommen. Unten im Bergwerk seien die Engländer von den Zivilarbeitern mit Revolvern bedroht worden.

Auch die Verhandlung am Dienstag beginnt mit der weiteren Vernehmung der englischen Belastungszeugen. Ihre Aussagen ergeben im wesentlichen das gleiche Bild. Bezeichnend ist noch die Schilderung eines Vorganges, bei dem der Angeklagte einen Klotz nach einem Gefangenen geworfen hat, glücklicherweise ohne ihn zu treffen, weil der Mann sonst auf der Stelle tot gewesen wäre. Der Kaufmann Rademacher, der in dem Kriegsgerichtsverfahren gegen Heynen als Gerichtsschreiber tätig war, macht gegen die englischen Kriegsgefangenen geltend, daß sie darauf ausgegangen seien, die Bergarbeiter zu reizen. Nach der Verkündung des Urteils des Kriegsgerichts sei der englische Zeuge Baker zu ihm gekommen und habe ihm zu verstehen gegeben, daß die Sache ja nicht so schlimm gewesen sei. Der Zeuge Baker bestritt entschieden, eine solche Aeußerung getan zu haben. Die Verhandlung dauert fort.

Der anlässlich der Prozesse gegen die deutschen Kriegsbeschuldigten in Leipzig anwesende Solicitor General Sir Ernest Pollock und das Mitglied des englischen Unterhauses Major Chilcott haben dem Präsidenten des Reichsgerichts Delbrück und dem Oberreichsanwalt Dr. Ebermayer offizielle Besuche abgestattet.

## Noch keine Aufhebung der Sanktionen

Wie mitgeteilt wird, ist bei der deutschen Regierung über die Aufhebung der Zollsanktionen und der Räumung von Ruhrort-Duisburg, womit nach Pressenmeldungen bis zum 6. Juni zu rechnen sein sollte, nichts bekannt. Es hat vielmehr den Anschein, als ob die Franzosen Düsseldorf und andere neue besetzte Städte länger besetzen und sich dort häuslich einrichten wollen. Dafür spricht auch, daß in Düsseldorf von den Franzosen der Bau einer neuen Kaserne gefordert worden ist, der etwa 12 Millionen kosten wird. Weiter ist auch der Bau von neuen Stallungen verlangt worden. In der Nähe Düsseldorfs sollen außerdem zwei neue Schießplätze angelegt werden, die ein Kostenaufwand von 1½ Millionen erfordern.

## Die Reparationsangelegenheit

W. T. S. gibt bekannt: Die Arbeiten in der Reparationsangelegenheit gehen in den beteiligten Ministerien in vollem Umfang weiter. Die Beratungen im Finanzministerium sind so weit gediehen, daß in dieser Woche die Aussprache mit Sachverständigen beginnen kann. Was die Frage des Indexschemas betrifft, so wird auch an dieser wichtigen Frage weiter gearbeitet.

## Schließung der Schichauwerke

Elsing, 24. Mai.

Die gesamten Elsbinger Schichauwerke sind am Montag mittag, 12 Uhr, stillgelegt worden. Am Freitag hatten größere Ansammlungen vor dem Verwaltungsgebäude stattgefunden, die in lärmende Kundgebungen ausarteten. Die Leitung der Schichauwerke hatte in diesen Kundgebungen Drohungen und ungesetzliche Gewaltmaßnahmen erblüht. Sie hatte infolgedessen an ihre Arbeiterschaft eine strenge Warnung vor Wiederholung solcher Kundgebungen erlassen. Die Kesselschmiede lehnten sich gegen dieses Verbot auf. Da sie von ihrer Ansicht nicht abbringen waren und weitere Massnahmen sich vorbehielten, antwortete die Verwaltung darauf mit der Stilllegung der gesamten Werke. Die Stilllegung kam so plötzlich, daß die Arbeiterschaft im allgemeinen gänzlich überrascht wurde.

Da die Schichauwerke untrüblichst bekannt sind als Brutstätte anmaßendster Scharfmacherien, ist fast mit Gewissheit anzunehmen, daß die Schauergeheulen der obigen Meldung über das Auftreten der Arbeiterschaft zum mindesten stark übertrieben sind oder daß die Arbeiter schon ihre guten Gründe für ihre Massnahmen hatten. Seltsam mutet es nur an, daß in einem Lande, in dem das Unternehmertum in solchen Fällen volle Freiheit des richtungslosen Handelns hat, Sozialpolitiker die Idee vertreten, daß den Gewerkschaften die Freiheit des Handelns genommen werden soll, was auch der neue Entwurf der Schlichtungsordnung bezweckt. Oder glaubt man etwa, daß solche Scharfmacherwillkür durch Geschesparagraphen beseitigt oder gehemmt werden könnte? Die Schichau-Leute werden lachen . . . . .

## Wie die Schieber auf Reichskosten schmarnozen

Der bisherige Reichsfinanzminister Wirth hat am 25. April 1921 dem Reichstage eine Denkschrift über die „Entwicklung des sogenannten Elberfelder Lebensmittelvertrags“ zugehen lassen, die sich liest wie ein Schundroman. Es handelt sich kurz um folgendes:

Die Eisenbahndirektion in Elberfeld oder das Reichsernährungsministerium oder das preussische Ministerium der öffentlichen Arbeiten oder sonstwer — keiner will es gewesen sein — hat sich im Jahre 1919 von einer Kölner Firma für 350 000 000 Mark meist minderwertige, zum Teil sogar verdorbene Waren aufhängen lassen. Die Lieferanten waren Belgier. Auf Veranlassung des preussischen Ministeriums der öffentlichen Arbeiten wurde bei der Durchführung des Geschäfts ein Finanzfachverständiger hinzugezogen, und zwar ausgerechnet die — Kölner Vermittlungsfirma. Da die Bevölkerung den als Nahrungsmittel gelieferten Dreck zum Teil nicht gekauft hat, ist ein Verlust von hundertfünfundszwanzig Millionen Mark entstanden, der nach dem Vorschlag des Reichsfinanzministers aus der Reichskasse gedeckt werden soll.

Das Reichsfinanzministerium verschweigt den Namen der Kölner Vermittlungsfirma; es verschweigt, wieder diese Firma Provision erhalten hat. Das Reichsfinanzministerium versichert jedoch, daß alle beteiligten Beamten ehrenwerte Leute seien und keinem eine strafbare Handlung nachzuweisen sei. Merkwürdigerweise vergißt es anzugeben, welche Schritte es unternommen hat, die Kölner Firma und die beteiligten Beamten zur Tragung des Schadens zivilrechtlich heranzuziehen.

Nebenbei bemerkt, kann man aus der Denkschrift den Schluß ziehen, daß die Defizite der Staatsbahnen zu einem wesentlichen Teile auf ähnliche Geschäfte zurückzuführen sind, die sich schon vor dem 350 000 000-Mark-Geschäft abgespielt haben.

## Eine Offerte

Der Deutsche Lehrerverein und die christlichen Gewerkschaften

Der Beschluß des Deutschen Lehrervereins, die größte deutsche Lehrer-Organisation zu einer Gewerkschaft auszubauen, die sich aller gewerkschaftlichen Kampfsmittel bedienen will, veranlaßt Herrn Baltrusch, einen der Führer des christlich-nationalen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Ohren gewaltig zu spitzen. Es könne noch hingehen, schreibt er im Organ Stegerwalds „Der Deutsche“, daß die Erzieher der deutschen Jugend zwecks Durchsetzung ihrer Berufsangelegenheiten sich des Mittels des Streiks bedienen wollen, obwohl man zusehen könne, ob das notwendig und zweckdienlich sei. Entsetzlich aber sei es, daß die neue Lehrergewerkschaft sich dem Deutschen Beamtenbund anschließen und dafür wirken will, daß dieser als gewerkschaftliche Vertretung mit den Organisationen der Angestellten und Arbeiter zusammenarbeitet. Da der Deutsche Beamtenbund in ausichtsreichen Verhandlungen mit dem A. D. G. W. zwecks Anschluß an ihn stehe, so könne dieser Beschluß nur so zu verstehen sein, daß die Lehrergewerkschaft durch ihren Anschluß an den Beamtenbund auch gleichzeitig Anschluß an die freien Gewerkschaften suchen wolle.

So folgert Herr Baltrusch. Ob er die Absichten der Führer des Deutschen Lehrervereins damit ganz richtig kennzeichnet, wissen wir nicht. Zunächst liegt nur ein Beschluß vor, der allerdings Anlaß zu der von Baltrusch ausgesprochenen Vermutung geben kann. Aber ein Beschluß ist noch keine Tat, und der Weg von Beschlüssen bis zu entscheidenden Handlungen ist manchmal weit. Uns amüsiert aber das Entsetzen, das die Vorstellung, eine deutsche Lehrergewerkschaft könne Hand in Hand mit freien Gewerkschaften arbeiten, bei Herrn Baltrusch hervorruft. Er schreibt nämlich:

„Man denke: Die Erzieher der deutschen Jugend stehen im Begriff, zum Teil vielleicht unbewußt, sich in die engste Gefolgschaft der gewerkschaftlich organisierten und rein materialistisch orientierten Sozialdemokratie zu begeben! Alle christlich-nationalen Kreise unseres Volkes sind in ihrem Gewissen verpflichtet, alles zu tun, um die nichtsozialdemokratisch gesinnten Lehrer von diesem verhängnisvollen Schritt abzuhalten.“

Man denke . . . sind auch wir versucht, auszurufen. Welch ein Unheil schwebt da über dem Haupte des deutschen Volkes! Es ist ein Glück, daß Herr Baltrusch hellsehend genug ist, das drohende Unheil rechtzeitig zu erkennen und das öffentliche Gewissen entsprechend zu schärfen. Aber er sieht nicht nur das Unglück voraus, sondern er weiß auch einen Ausweg. Daß die Lehrer Anschluß bei der gewerkschaftlich organisierten Beamten-, Angestellten- und Arbeiterschaft suchen, ist durchaus verständlich und richtig, meint Herr Baltrusch. Aber dazu brauchen sie keineswegs „bei der gewerkschaftlich organisierten Sozialdemokratie zu landen“. Denn es bestehe doch „erfreulicherweise“ bereits eine Zusammenfassung aller auf christlich nationalem Boden stehenden Beamten-, Angestellten- und Arbeitergewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund. Hier gehören die Lehrer hin, erklärt Herr Baltrusch, womit er sagt, daß nach seiner Ansicht ein deutscher Lehrer notwendig christlich national sein muß. Er verläßt es nicht, die genaue Adresse des Deutschen Gewerkschaftsbundes hinzuzufügen, wie es sich für eine ordentliche Geschäftsofferte gehört, und er betont ferner, daß der Herr Ministerpräsident Stegerwald Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist.

Das ist ein deutscher Wink an die Lehrer. Will Herr Baltrusch etwa damit andeuten, daß der Herr Ministerpräsident die preussischen Lehrer als Beamte entsprechend behandeln wird — je nachdem, ob sie dem von ihm vertretenen Deutschen Gewerkschaftsbund zuneigen oder den freien Gewerkschaften? Wir nehmen an, daß sowohl Baltrusch wie Stegerwald die Artikel der Reichsverfassung kennen, die den Terror gegen gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer jeder Richtung streng untersagen. Die Lehrer aber werden hoffentlich aus dieser mehr als aufdringlichen Offerte machen den Schluß ziehen, daß sie sich durch nichts einschüchtern lassen dürfen, sondern lediglich nach ihren eigenen und besseren Einsicht handeln müssen.

# Politischer Geist und politische Technik

Die deutsche auswärtige Politik ist nicht nur eine Sache der mit ihrer Führung beauftragten Person, sondern in hohem Maße eine Sache der politischen Technik. Und diese wiederum ist gegründet und abhängig von der inneren Organisation des Beamten- und Sachapparates des auswärtigen Amtes. Daß diese unter dem alten System völlig unzulänglich war und deshalb Fehler über Fehler gemacht wurden, ist genügend bekannt. Aber auch in der Republik ist es mit der Umformung des auswärtigen Amtes außerst langsam vorangegangen. Der jämmerliche Zustand einer eingesehnen Beamenschaft und der zünftigen Anwärter auf den politischen Ausendienst ist nicht leicht zu überwinden. Eine weitere Schwierigkeit bildet der mangelnde Ueberfluß an sachlich tüchtigen, politisch durchgebildeten Persönlichkeiten, die auf dem Boden der politischen Umordnung stehen. So kam es, daß auch in der Republik zeitweise eine auswärtige Politik geführt werden konnte, die der der wilhelminischen Ära nicht eben sehr widersprach.

Neben der mangelnden politischen Technik fehlt eben einfach der Geist der Politik, der die sachlichen Dinge immer vom Standpunkt der politischen Erfordernisse beurteilt und weiter und dementsprechend handelt. Der Geist der Politik besteht nicht darin, daß die Führung der auswärtigen Angelegenheiten eines Staates von einer kleinen Clique nach einem vorgefaßten Interesse betrieben wird, dem alles, auch jede bessere Einsicht geopfert wird, sondern daß sie getragen wird von der Erkenntnis der eigenen Stellung und Wichtigkeit und in erster Linie der der anderen unmittelbar in Frage kommenden Länder. Eine auswärtige Politik nach diesen Grundsätzen wird offenbare Ungeheuerlichkeiten und Geschmacklosigkeiten, wie sie während der letzten zwei Jahre in Deutschland häufig zu verzeichnen waren, vermeiden.

Dieser Geist der Politik und die politische Technik im deutschen auswärtigen Amt zu besserer Gestaltung zu bringen, ist die innere Reform des auswärtigen Amtes eine zwingende Notwendigkeit. Die „Frankfurter Zeitung“ erörterte jüngst in einem Artikel die Möglichkeiten und Notwendigkeiten dieser Reform, der auch von uns des öfteren betonte Gesichtspunkte gut zusammenfaßt. Wir geben daraus den nachfolgenden Abschnitt wieder:

Welches Instrument findet der Nachfolger des Herrn Dr. Simons vor? Ein schlechtes. Nachdem jahrelang an der Reform des auswärtigen Amtes und Dienstes gearbeitet worden ist, läßt sich sagen, daß diese Reform vollständig mißlungen ist. Sie ist von Leuten, die das zu lösende Problem im wesentlichen von außen her sahen, äußerlich angefaßt worden, in einer für gewisse Seiten des deutschen Denkens charakteristischen Weise. Man ging von der richtigen Feststellung aus, daß die Politik vor dem Kriege und während des Krieges falsch geleitet wurde. Wer hatte sie im Amt zu behandeln? Nun, wesentlich die berühmte „politische Abteilung“, in der ein Häuflein diplomatischer Granden geschützt vor dem Lichte der Öffentlichkeit beisammen saß. Die Reformer fanden, daß der Graf L. und der Baron J. zu kanakermäßig gearbeitet hatten. Sie wollten Methode und Disziplin. Also beseitigten sie die Granden und errichteten eine ganze Reihe von Abteilungen für die wichtigsten Länder oder Ländergruppen. Anstatt sich fernzuerziehen, was etwa England oder Frankreich betrifft, dem Zufallswissen oder dem Gutdünken des Grafen L. anzuzutragen, machte man für jedes eine sehr stattliche Abteilung mit einem Ministerialdirektor, einer ganzen Reihe von beigeordneten Räten, dazu Sekretären und sonstigem Hilfspersonal. Das Qualitätsverfahren ist an gewissen Stellen vorzüglich. Wenn eine chemische Fabrik zwanzig geprüfte Chemiker nach einer neuen Verbindung suchen läßt, so ist Aussicht, daß man zwanzigmal so rasch zum Ziele kommt, als wenn bloß einer forscht. Allein in der Politik ist es leider nicht ebenso. Weil zehn Herren den ganzen Tag einen bestimmten Staat studieren, der eine die Parteiverhältnisse, der andere die auswärtige Politik, der dritte die Kolonien, der vierte das Wirtschaftliche und was nicht sonst noch, deshalb ist noch lange keine Garantie gegeben, daß der Minister in dem Augenblicke, wo er über diesen Staat den führenden erleuchtenden Ausschluß haben will, ihn auch erhält. Die politische Brauchbarkeit des Amtes ist vielmehr noch vermindert worden, seit man einen ungeheuren Wasserlopp daraus machte, mit unzähligen Angestellten, die teils aus anderen Ministerien kamen, teils aus allen möglichen Bezirken neu herbeigezogen wurden. Hat man einmal ein solches Ungeheuer geschaffen, so kriecht es um sich und will nach seinen eigenen Lebensgesetzen noch wachsen. Hier fehlt ein Referent für die Wirtschaft von Belustigern, dort ein wirklicher Kenner der Presseverhältnisse in Haiti. Nicht wenige, die als Beamte täglich in dieses Haus gehen, lagen sich täglich, daß sie Narrenwert treiben. Ein auswärtiges Amt ist ganz und gar nur dazu da, um dem Meister darüber in jedem Augenblicke als brauchbares Werkzeug zur Hand zu sein, ihm und den wenigen Männern, denen er sein geheimes Vertrauen schenkt, die unausgesprochenen Gedanken zu offenbaren. Spezialisten für das ganze Universum unter dem Dache zu haben, ist zu teuer; werden ganz besondere Kenntnisse verlangt, so gibt es draußen Professoren genug. Ein großer Teil des neuen Beamtenums war für die auswärtige Politik von vornherein nicht geeignet. Auch hat sich Dr. Simons in den entscheidenden Fragen des plumpen Apparats gar nicht bedient, sondern alles selbst mit ein paar Beamten bearbeitet. Wozu dann das kostspielige Werkzeug? Der Schöpfer dieser Einrichtung ist hauptsächlich Geheimrat Schüler gewesen, der Ministerialdirektor der Personalabteilung war, bis sich Dr. Simons von ihm trennte. Herr Schüler war ein sehr mächtiger Mann, er hat nicht nur die Anzahl der neuen Beamten angestellt, sondern bei der Ernennung der Botschafter und Gesandten erheblich mitgewirkt und auch den Gang der Politik beeinflusst. Seine Reform ist offenbar verfehlt. Im übrigen hat er sich viele persönliche Feinde gemacht und vielleicht machen müssen, weshalb manche an ihm geübte Kritik verdächtig ist. Fehlen unter den Beamten nur dann gleichgültig, wenn ein feiner Dilettant an der Spitze der Claque und Intrigen an die Wand drückt. Denn die Claqueur blühen wie je, sie greifen in die Staatspolitik ein, arbeiten im Parlament und in den Frankfurter Feldjäger in der Presse. Der neue Hausherr sollte neben den vielen großen Talenten, die er beständig auf einen derben Griff mitbringen muß, es nicht allzuhandig über Beamten — die man nicht brotlos machen, aber an andern zweckmäßig zu brauchen. Damit ist nur die Hälfte der organisatorischen Aufgabe geleistet. Das weitere, eine sehr kleine Zahl von Räten ersten Ranges als dauernde Oberbeamte zu bestimmten, gleichsam als einen Conseil (Rat), der mit dem verantwortlichen Mann das Wichtigste fortwährend durchdenkt und alle höhere Aufgabe ist nicht in einem Tage zu lösen. Doch soll

gen Leute mehr ankommt als auf die Hunderte und Hunderte von Aktienfabrikanten in den unzähligen Taubenschlägen des beständig vergrößerten Betriebes.

Der neue Mann, Herr Dr. Rosen, findet also neben den gewöhnlichen Verhältnissen der äußeren Außenpolitik ein weites Arbeitsfeld der inneren Umorganisation seines Ressorts.

## Enttäuschte Erwartungen

Hoffnungsvolle Seelen in den Gewerkschaften aller Richtungen haben einst die Erwartung gehegt, daß die Revolution auch einen Umschwung in der Gesinnung der Unternehmer hervorgebracht habe. Manche glauben es sogar noch immer. Sie gingen mit freudiger Zuversicht jenen Bund ein, der am 15. November 1918 als Arbeitsgemeinschaft gegründet wurde, und sie erhofften auch von der Haltung der politischen Vertretungen der Kapitalistenklasse und von der Zusammenarbeit mit ihnen eine gemeinsame Arbeit am sogenannten Wiederaufbau. Bei großzügigen Reformen würden, so hofften sie, erkleckliche Vorteile für die Arbeiterklasse herauskommen. Natürlich war dieser Uberglaube unter den christlichen und sonstigen Harmoniegewerkschaften noch viel weiter verbreitet und tiefer verwurzelt als bei den freien Gewerkschaften. Und nun sind die braven Bürger höchst erstaunt, daß sie mit ansehen müssen, daß die Unternehmer auf das Volkswohl pfeifen und jede Gelegenheit benutzen, um

## Massen heraus! Auf zum Protest! An die arbeitende Bevölkerung Berlins!

Die Militaristen und Nationalisten wittern Morgenluft. Oberstleuten mit seinen Differenzen zwischen Deutschland und Polen soll den willkommenen Anlaß bieten, eine neue nationalistische Stimmung und damit erneute kriegerische Verwicklungen hervorzurufen. Die Gefahr ist groß und der Augenblick ernst. Darum rufen wir die Berliner arbeitende Bevölkerung auf, unsere morgen, Mittwoch, abends 7 Uhr, in den Sälen des Lehrerbereinshauses, Berlin, Alexanderplatz, stattfindende Kundgebung Mann für Mann zu besuchen.

Referenten sind die Reichstagsabgeordneten Georg Ledebour und Dr. Kurt Rosenfeld.

## Massen heraus! Auf zum Protest! U. S. P. D. Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

Schlag auf Schlag zu häufen auf Kosten des arbeitenden und konsumierenden Volkes.

Das erobert sie ungemein. Und die weniger staatsmännlich veranlagten unter den Enttäuschten geben gelegentlich ihrem Unmut polternd Ausdruck. So schreibt jetzt ein Mitarbeiter der Siegetalzeitung „Der Deutsche“, ein deutschnationaler Handlungsgehilfe, einen Artikel „Wirtschaftsgesinnung“, in dem es heißt:

Vorübergehend hatten wir gehofft, daß die fortschreitenden Organisationen der deutschen Arbeitgeber ein gedeihliches, von sozialem Verständnis willens geregelt Zusammenarbeiten zum Zweck des Wiederaufbaues ermöglichen. Zweijährige Erfahrungen genügen, in erschreckender Deutlichkeit aufzuzeigen, wie rein materialistisch und antisozial, wie losgelöst von allem nationalen Verantwortungsgesühl die Unternehmerverbände handeln. Vielfach sind sie zu Syndikaten, zu Trusts, zu Spekulationsgemeinschaften geworden, um durch gemeinsame Kraft aller natürlichen, gelandeten Entwicklung zum Trost der Warenmarkt künstlich zu beherrschen und die Preise diktiert zu bestimmen.

Der Mann klagt heftig über Lohnabbauversuche. Er hat so gar erwartet, daß die Unternehmerverbände ein „geistiges Verhältnis“ zu den Gewerkschaften finden würden. Auch darin ist er enttäuscht, aber er findet auch seinen Prügelknaben: Die Sozialisten haben das „Zusammenfinden“ verweigert. Selbstamerweise läßt er die Juden aus dem Spiel. Woraus sich nur ergibt, daß die Leute aus ihren ganz richtigen Beobachtungen nicht die rechten Folgerungen ziehen können. Solange sie diese Fähigkeit nicht besitzen, werden sie, und sie allein, stets das Semmel für den Fortschritt der Arbeiterklasse sein. Ein wenig Poltern hilft nichts.

## Das ledige Wiederaufbauministerium

Die bürgerliche Presse teilt mit, daß mit Dr. Walter Rathenau Verhandlungen wegen der Übernahme des Wiederaufbauministeriums geführt wurden, und daß Rathenau zugestimmt habe. Diese Mitteilung ist nur im ersten Punkte richtig. Rathenau hat aber abgelehnt.

## Friedenszustand zwischen Deutschland und China

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist am 20. d. Mo. in Peking ein Abkommen zwischen Bevollmächtigten der deutschen und der chinesischen Regierung unterzeichnet worden. Hierdurch wird der Kriegszustand zwischen Deutschland und China de jure beendet. Die diplomatischen Beziehungen werden wieder aufgenommen, und der deutsche Handel in China erhält wieder freie Bahn. Das Abkommen soll unverzüglich den geltenden Körperschaften zur Genehmigung vorgelegt werden. Es trägt den Charakter eines vorläufigen Vertrages; ein eigentlicher Handels- und Handelsvertrag zwischen Deutschland und China soll später auf der Grundlage dieses Abkommens abgeschlossen werden.

## Die italienischen Wahlen

### Die neue sozialistische Parlamentsfraktion

In 32 der 40 Wahlkreise, in welche Italien eingeteilt war, haben die italienischen Sozialisten Mandate errungen. Nur in 8 Wahlkreisen sind sie leer ausgegangen. Bemerkenswert ist, daß fünf Wahlkreise hieron auf das neue sogenannte „erlöste Gebiet“ entfallen. Dort haben die Wahlen durchwegs nationalsozialistischen Charakter gehabt. So entfielen 20 von vier Deutschnationalisten und 6 von vier slavische Nationalisten

in das Parlament. Nur in drei der alten Wahlkreise sind die Sozialisten ohne Mandate geblieben. Es sind dies: Salerno, Campobasso und Palermo.

Unter den gewählten Sozialisten befinden sich alle bekannten Führer der sozialistischen Partei, mit Ausnahme von Serrati, der eine Kandidatur mit dem Hinweis abgelehnt hat, seine ganze Kraft dem „Avanti“, dessen Hauptkristalleiter er ist, widmen zu wollen. Dennoch ist die neue Fraktion von der alten sehr verschieden, da nicht weniger als 44 Mitglieder der alten Fraktion nicht angehört hatten. Der „Avanti“ sagt von der neuen sozialistischen Parlamentsfraktion, daß sie in der Qualität besser sei als die alte.

## Der englische Bergarbeiterstreik

EB. London, 23. Mai.

Der auch bei den Arbeitern bekannte Bergwerksbesitzer Denis Boyle verhandelte mit Hobbs und Herbert Smith im Namen aller Grubenunternehmer. Diese desavouierten ihn jedoch.

Man glaubt, daß man schließlich zu folgendem Kompromiß kommen werde:

Nationale Lohnregelung und Freigabe der Arbeiterforderung auf eine nationale Zentralkasse. Dadurch kämen die Löhne immer höher, als dies die schlecht rentierenden Gruben vertragen. Diese würden dann ausgeschaltet werden.

Die Arbeiter wollen einen Lohn auf der Basis von 128 Prozent über dem Stand von 1914 annehmen, was dem Lebensstandard entspräche. Die Löhne müßten für zwei Jahre garantiert werden.

## Zum Staatsstreich in Portugal

EE. Paris, 24. Mai.

Ueber den Staatsstreich in Portugal erzählt man jetzt der näheren Sachverhalt: Danach müßte das Ministerium Machado demissionieren, weil die Truppen, die ihre Kasernen verlassen hatten, eine Abordnung zum Präsidenten der Republik entsandten, welche die Demission des Kabinetts und die Auflösung des Parlamentes forderten. Der Präsident der Republik berief sofort einen Ministerrat ein. Machado nahm unmittelbar darauf seine Demission. Die Truppen nahmen von dieser Entscheidung Kenntnis und begaben sich in die Kasernen zurück, ohne daß weitere Zwischenfälle sich ereignet hätten. Die Soldaten hatten sich nämlich mit Kanonen und Maschinengewehren ausgerüstet und waren von einer Artillerie-Brigade begleitet. In einer Entschlüsselung betonten sie ausdrücklich, daß ihre Demission keinen monarchistischen Charakter hatte und daß sie auf den Wunsch der Anhänger von Sidonio Paes gehandelt hätten.

Das neue portugiesische Ministerium. Das neue portugiesische Ministerium setzt sich wie folgt zusammen: Ministerpräsident und Finanzen: Barros Queiros, Inneres: General Abel Hipolito, Justiz: Ramos Cid, Krieg: General A. Silveira, Marine: Paes Gomez, Handel: Antonio Granjo, Arbeit: Lima Dugas, Landwirtschaft: Konstantin de Oliveira, Auswärtiges: Nello Barreto. Die Ruhe im Lande ist wieder völlig hergestellt.

Südlamien befreit deutsche Maschinen von der Ausfuhrabgabe. Meldung aus Belgrad zufolge hat die südlamische Regierung beschlossen, daß alle Maschinen und Apparate, die von Deutschland eingeführt werden und den Bedürfnissen der Industrie und des Erwerbs dienen sollen, sowie auch landwirtschaftliche Maschinen, Farben und Medikamente von der 50prozentigen Ausfuhrabgabe vollständig befreit werden sollen.

Beworbenende Abreise der russischen Handelsdelegation in Kopenhagen. Dem Vernehmen der Blätter zufolge hat die russische Handelsmission von der Konsula ihre Pässe gefordert, um nach Kurland zurückzukehren. Sie erklärt, daß ihr die gebotenen Garantien für die Erfüllung ihrer Aufgabe nicht ausreichten.

Bergarbeiterstreik im Waldenburger Revier. Die Bergarbeiter im Waldenburger Revier haben Montag nachmittag die Arbeit niedergelegt. Sämtliche Gruben liegen still.

## Aus der Partei

### Landeskonferenz der U. S. P. in Anhalt

Am Sonntag tagte in Köthen eine von Delegierten besuchte Landeskonferenz der U. S. P. für die Wahlkreise Anhalt I und II. Genosse Dittmann von der Zentrale hielt ein informatives Referat über die politische Lage, wobei er die Regierungsbildung und die 10 Forderungen der U. S. P. besonders erläuterte. Eine kurze Aussprache ergab volles Einverständnis mit der Haltung der Zentrale und der Reichstagsfraktion. Einstimmig wurde folgende Entschlüsselung angenommen:

„Der heute in Köthen tagende Landesparteitag der U. S. P. D. Anhalts billigt einstimmig die Haltung des Zentralkomitees und der Reichstagsfraktion in der Regierungsbildungsfrage.“

Ueber die Bedeutung der Presse referierte Genosse Redakteur Fuchs, der an der Entwicklung der sozialistischen Bewegung zeigte, wie unentbehrliches Mittelzeug die sozialistische Presse ist. In Anhalt ist die Verbreitung unseres Magdeburger Parteiblattes aus vielen Gründen mangelhaft. Die Aussprache ergab, daß die Genossen nach Ueberwindung der Spaltungswirkung nun auch mit doppeltem Eifer an die Arbeit für die Presse gehen wollen. In einer einstimmig angenommenen Entschlüsselung wurde die Haltung der Redaktion und ihre Schreibweise gegen rechts und links gebilligt.

In Anhalt ist infolge des mitteleuropäischen Wuttes die U. S. P. D. besonders stark erschüttert. Viele ehemalige Genossen wollen zur U. S. P. zurück, zögern aber noch aus einem gewissen Schamgefühl heraus. Der Sekretär Böttger-Bernburg, der schon vor der Spaltung in unserer Partei den Sekretärposten bekleidet hatte und von der U. S. P. D. ausgeschlossen wurde, weil er in einer öffentlichen Versammlung unserer Partei die kommunistische Politik verurteilte, hat um Wiederaufnahme in die U. S. P. nachgesucht. Die Landeskonferenz billigte nach langer Aussprache im Prinzip die Aufnahme, überließ aber die Entscheidung der Ortsgruppe Bernburg unter Hinzuziehung des Landes- und Bezirksvorstandes.

Ueber Organisation referierte Bezirkssekretär Peters-Magdeburg. Seit der Spaltung ist emsig am Ausbau der Organisation gearbeitet worden. Jetzt wird die Zentralisation des Kampfes durchgeführt. Die Einheitsmarken sind am 1. April eingeführt. Es werden im Quartal die ersten beiden Monate je 2 Mark, im 3. Monat 3 Mark bezahlt; die Wahlsondemarken sollen dafür weg. Die Zentralisation wurde gutgeheißen. Der alte Landesvorstand wurde einstimmig wiedergewählt.

## Aus der Parteipresse

Die neueste Nummer der „Kämpferin“, der Frauenzeitschrift der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, ist soeben erschienen. Sie enthält folgende Beiträge: Marie Jellen, Patriarchismus. Vom Problem der Arbeitslosigkeit. Käufliche Liebe. Die Ueberführung weiblicher Arbeitskräfte aufs Land. Aus der Schule der Zukunft. Der zweite Frauenkursus der Heimvolkshochschule in Schloß Tins. Aus der Bewegung. Ostpreußen. Blauen-Reichenbach-Deinich. Rheinhell. — Aus Gitanjali (Sangsoffer).

Die „Kämpferin“ erscheint monatlich zweimal. Die Einzelnummer kostet 50 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2 M., Kreuzbanden 4 M.

# Des Rauchers Sorge.

Von der Verteuerung des Tabaks soll hier nicht die Rede sein, obgleich diese wohl zurzeit jeden Raucher am meisten interessiert. Dennoch ist die größte Sorge des Rauchers die Gefahr für seine Gesundheit. Doch dies wollen sie sich nur ungern eingestehen. Es bilde sich niemand ein, daß die Pfeife oder eine leichte Zigarette weniger Nikotin enthalten als Zigaretten oder schwere Zigaretten. Einwandfreie Versuche haben ergeben, daß selbst sogenannte nikotinfreie Zigaretten ebenso schädlich sind wie die übrigen. Schon mäßiges Rauchen ruft bei manchen Personen unangenehme Beschwerden hervor. Vielleicht haben auch Sie schon Schädigungen Ihrer Gesundheit hin und wieder nach dem Rauchen bemerkt, wie Schlaflosigkeit, Halsentzündung, Heiden vor den Augen, saures Aufstoßen, Schluden, Magenverfäulnis, Appetitlosigkeit, Herzklopfen, Händezittern, Gedächtnischwäche, Schwindelanfälle usw. Mit diesen Unannehmlichkeiten will die Natur Sie warnen vor ersteren Folgen. Beachten Sie diese Winke Ihres Körpers. Je nach der Veranlagung kann aus übermäßigem Tabakgenuß sich ein schweres Leiden entwickeln; bekannt ist die Tabakblindheit, die manchmal unheilbar ist. Kernschmerzen, ja selbst Geisteskrankheit infolge vielen Rauchens ist nicht selten beobachtet worden. Am häufigsten und regelmäßigsten aber entwickelt sich eine Nervenverfäulnis daraus.

Nun weiß jeder Raucher, wie schwer es ist, den Tabakgenuß einzuschränken aus freien Stücken. Natürlich gelingt es mit Energie und großem Willen. Aber wozu solche unnötige Vergebungen von Nervenkraft, die man heute wahrlich zu besseren Zwecken verwerten kann, zumal es jetzt ein ganz einfaches und unschädliches Mittel gibt, das Rauchen nach Willkür einzuschränken oder auch es sich gänzlich abzugewöhnen, ohne dabei irgendwelche Entbehrung zu empfinden oder gar Qualen wegen des unbeschränkten Genusses auszustehen. Durch Genuß einiger harmloser Pflanzengestirke kann man dies erreichen. Daraus wird seit 20 Jahren ein Präparat unter dem Namen „Raucherheil“ hergestellt. Wie angenehm ist es, statt mit sich selbst um jede Zigarette oder Zigarette einen Kampf auszufechten, in dem man noch meist unterliegt, eine Pakette Raucherheil in den Mund zu nehmen. Sofort schwindet jedes Verlangen nach Tabak, ja, der jedem Raucher angenehme pikante Geschmack und der wohltuende Duft bilden direkt einen Genuß, der den Tabak vergessen macht. Dazu kommt, daß Raucherheil jeden üblen Mundgeruch beseitigt und auch den schädlichen Wirkungen des Tabaks, besonders des giftigen Nikotins, entgegenwirkt. Wenn Sie dann aber eine Zigarette oder Zigarette, die Sie sich gönnen wollen, rauchen, so werden Sie nicht nur keinen Schaden davon haben, sondern um so größeren Genuß. Welchen Segen Raucherheil bereits gestiftet hat, können Sie aus den vielen Anerkennungen entnehmen, von denen Sie hier nur eine lesen sollen:

Ich bin passiver Raucher seit Jahren, und das Uebermaß im Genuß hat mir bereits mancherlei Herzleiden bereitet. Mit großem Optimismus probierte ich Ihre Pakette. Der Rauchhunger, der früher zum enormen Feiniger anwuchs, ließ alsbald nach, der Appetit zum Rauchen war wie durch ein Reagenzmittel gewissermaßen ausgeschaltet. Sicher ist, daß ich tatsächlich ganz nach Belieben fortan zu rauchen oder den Tabak nach Belieben ohne Erregung in die Tasche zurückzuführen vermag. Ihre Erfindung ist um so wertvoller, als sie den Tabak- und Zigarettenhändlern durchaus nicht Konkurrenz machen will, sondern den Raucher nur von der Verlegenheit befreit, sich nicht immer und überall beherrschen zu können. — Ich habe nichts dagegen, wenn Sie beliebig von meinem gegenwärtigen Gebrauche machen und zeichnet, Sie bestens grüßend hochachtungsvoll Franz Schott.

Sie sollen Raucherheil selbst ausprobieren, ohne einen Pfennig dafür auszugeben. Wenn Sie uns Ihre genaue Adresse mitteilen, erhalten Sie ganz unlos eine ausreichende Probe Raucherheil. Wir sind so sehr überzeugt, daß Raucherheil Ihren vollen Beifall finden wird, daß wir Ihnen die Probe sehr gern gratis zusenden. Es wird Ihnen gefallen, und Sie werden dann gern mehr beziehen, denn Sie sparen dadurch viel Geld und erhalten sich Ihre Gesundheit. Je mehr Sie rauchen, desto unangenehmer werden sich die Folgen später bei Ihnen bemerkbar machen. Verlangen Sie also jetzt gleich Ihre Gratisprobe Raucherheil von der Hauptniederlage für Raucherheil, Viktoria-Apothek, Berlin N. 69, Friedrichstraße 19.

**Kleide Dich billig, elegant!**  
im Leihhaus Moritzplatz 58a

**Jockey-Anzüge, Cutaways, Ullster**  
teils auf Seide, teils bis 1200 Mk. Jetzt  
für 400-500 Mk. Ferner Damen-  
Kostüme, Kleider, enorm billig!  
Nach beider Saison 50% herab-  
gesetzt. Kreuzfäden, Tadel, Blau-  
weiß, Silberfäden. Keine Lombardwaren.

**Schlafzimmer**  
eichenes, komplett 3500,—  
weisses, 3000,—, Herren-  
zimmer, rundgebauter  
Bücherk 4000,—, Speise-  
zimmer, sehr gute Kuchent-  
ränge 4500,—, Kuchent-  
einbauten 1200,—, Mark.

Kriegsanleihe wird zu 84%, in Zahlung genommen!

## Zwei große Verkaufstage!

Ganz besondere Ausnahme-Preise  
Strickjacken 39.50, 159, reine Wolle 160, Kunstseide  
259, Feine Tuchmäntel 375, 498, Seidenglanz  
Popelinmäntel 168, 220, Impr. Seidenmäntel  
240, 385, Covercoatmäntel 185, 318, Gummi-  
mäntel für Damen 305, 478, Gummimäntel für  
Herren 328, 475, Wundervolle Kostüme 189,  
278, 395, 515, 650, Mantelkleider 210, 375,  
Sommerkleider 126, 255, Stoffröcke 44, Frotte  
65, Seide 165, Gesellschaftskid. Einheitspr. 375

**Theater und Vergnügungen**

**Volkshühne**  
7 Uhr: Das Dorfamt  
Die Komödie der Jungen  
**Neues Volkstheater**  
Königsplatz 48.  
7 Uhr: **Jugend**  
**Staatstheater.**  
Opernhaus  
7 1/2 Uhr: **Mad. Butterfly**  
Schauspielhaus  
6 1/2 Uhr: **Peer Gynt**  
Kavitation: Max Reinhardt  
**Deutsches Theater**  
7 1/2 Uhr: **Polisch u. Perlmutter**  
**Kammerspiele**  
8 Uhr: **Mosaik**  
**Großes Schauspielhaus**  
Kastellstr.  
7 1/2 Uhr: **Ein Sommerstraßen**  
(J. Weillinger, S. Ehren)

**Lessing-Theater**  
Direkt: Victor Dornow  
Abend 7 1/2 Uhr:  
**Rosenmontag**  
**Deutsches Theater**  
Abend 7 1/2 Uhr:  
**Die seltsame Erziehung**  
(Khalber, Junkermann, Müller)

**Neue Welt**  
Arnold Scholz  
Safenstraße 108/114  
Mittwoch, den 25. Mai 1921  
**Konzert und**  
**Spezialitäten-**  
**Vorstellung**  
(16 erklaffige Attraktionen)  
**Anfang 8 Uhr**  
Naherhem: **Großer Hall**  
Vorankündigung: Donnerstag,  
den 26. Mai 1921, **Einzel-Tage!**  
Großes  
Trick-Praktikantenwerk.

**CIRCUS BUSCH**  
Der große Erfolg:  
**Konrad Gebhardt**  
im **Manege-Schaustück**  
**Krone und Zettel!**  
7 1/2 Uhr: **Der 30-Tage-Meister**  
**Das dressierte Pferd**  
**Circus-Sensationen**  
Cirkus-Werth u. Cirkus  
Sprengel, **J. Schias**  
u. u. 18 u. 20 Uhr. Da  
in 15 Tagen in 15 Tagen be-  
reitet. u. hierüber unanabh.  
Heller, behält. u. Referenzen.  
Invalidestr. 106,  
von 9-3. **Jacoby**

**Stiele Gelegenheitskäufe**  
in schweren Innereinrich-  
tungen und Stimmeln  
zu enorm billigen Preisen.  
**Hans Lennert**  
Lothringers Str. 55  
am Rosenfelder Platz.

**Königgräber Str.:**  
Täglich außer Sonntag: 1/3 Uhr:  
**Mit dem Feuer spielen**  
8 Uhr: **Satans Maske**  
(Orska, Roman, Blat)  
Freitag: **Satans Maske**  
**Berliner Theater:**  
**DAS**  
**Milliarden**  
**SOUPER**  
7.30 Uhr: **Silber Wörner, Nicht**  
Mittel, **Paul Richter, Robert,**  
Derk, **Rieser, Paul, Schöpf**

**7 1/2 Apollotheater 7 1/2**  
Friedrichstraße 215  
**Naturalistische**  
**Neuheit**  
im **Reich der Venus**  
und weitere 10 **Sen-**  
**sationen.**

**KOMÖDIENHAUS**  
Schiffbauerdamm 25  
An der Marschallbrücke  
Allabendlich 7 1/2 Uhr  
**Der blonde Engel**  
Operette in drei Akten von Richard Keasler und  
Arthur Rebner. Musik von Robert Winterberg.  
Mit Paul Heidemann, Josefina Dora, Inge Straube u. a.

**Homöopath.**  
Institut Molasser  
Mittelstr. 25 am Bahnhof  
Frankf. A. B. C.  
Harn-, Harn-, Geschlechts- u.  
Frauenleid., nervöse Störungen,  
Spez. verall. Fälle k. (Kraus),  
Sch. u. schmerzlos Zahnabn. ohne  
Zerfällung. Zahnst. 4. Uehl.  
35h. 11.80. **Otto Reichel**  
Berlin 46 S. O. Eisenbahnstraße 4

**Jetzt: Gelegenheitskäufe!**

Echte Pelzmäntel	2400, 3600
Krimmermäntel	790, 1000
Plüschmäntel	550, 875
Lange Astrachanmäntel	275, 450

**Westmann**  
I. Geschäft: Berlin W8, Mohrenstrasse 37a  
2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

**Komödienhaus:**  
Abend 7.30 Uhr:  
..... Der .....  
**blonde Engel**  
von Robert Winterberg  
Paul Heidemann u. a.  
Josefine Dora u. Ernstsch.  
u. a. Inge von der Straube,  
V. A. Richter, Georg Seifert,  
Kurt Buhl, Julius Rogg.

**Berliner Theater**  
Kastellstr. 10  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Großer  
Witwenball

**Zeichfeldstecher**  
u. u. Stach. kauft Känig.  
M. Stachelmann,  
Berlin W9, Potsdamerstr. 135  
(950h 9259).

**Westmanns**  
Trauer-Magazin  
Große Auswahl  
Billige Preise.  
I. **Robrenstr. 37**  
(Kolonnen)  
II. **Or. Kräf. Str. 115**  
(nahe Hindenburgstr.)  
Auswahlsendung sof.  
Am Freitag 7990  
Sonntags geschlossen.

**Lady**  
**Wundermeres**  
**Fächer**  
von Oscar Wilde.  
**Trianon-Theater**  
Täglich 7 Uhr:  
**Am Teetisch**  
Kuppiel von Karl Smoboda.

**Sommer-Theater**  
**Schweizergarten**  
Am Friedrichshain 20-32  
Direkt: Wilhelm Herrmann  
Täglich:  
**Die Fahrt ins**  
**Glücksland**  
und die  
hervorragenden Spezialitäten

**Geld**  
für jede Verläufe. Höchste An-  
kaufpreise für Pfandbriefe,  
Aktien, Goldgegenstände,  
Treppe, Wäcker usw. Wolff,  
Friedrichstr. 41, III. Ecke Koch-  
strasse.

**Altmetalle**  
Ankauf  
**Mollenborfstr. 39**  
Kupfer 13.50, Mess. 4.80  
Zinn, Messing,  
Schubhauer Allee 80, am Rgbf.

**Kleines Theater**  
1/2 Uhr: **Nur ein Traum**  
**Komische Oper**  
7 1/2 Uhr: **Die Oper**  
**Alt-Heidelberg**  
Theater  
am **Mollendorfsplatz**  
7 1/2 Uhr:  
**Der Vetter aus Dingsda**

**Elite-Sänger**  
Hilfsgen. - Konzert  
Vork. 11-14 u. 4-8

**Glühlampen**  
Halb wattlampen und simit.  
Electro-Instal. u. Material  
kauft  
**Schröder, Bernauer Str. 101,**  
Gebäude III.

**Wanderkarten**  
für alle Gegenden erhält man in der  
**Buchhandl. „Freiheit“, Breite Str. 8-9**

**Gute billige Bücher**  
für  
**Reise und Sommerfrische**

**Die Geheimnisse der Prinzessin Cadignan**  
Von Honoré de Balzac . . . . . Preis 1.50 Mk.  
**Abaloms Haar**  
Von Hjalmar Hjalmarson . . . . . Preis 1.50 Mk.  
**Der Hochwald**  
Von Theodor Storm . . . . . Preis 1.50 Mk.  
**Der Schimmelreiter**  
Von Theodor Storm . . . . . Preis 1.50 Mk.  
**Jumensee**  
Von Theodor Storm . . . . . Preis 1.50 Mk.  
**Briefwechsel zwischen Schiller und Lotte**  
gebunden 3.— Mk.  
**Briefwechsel zwischen Schiller und Goethe**  
gebunden 3.— Mk.  
**Weiße Nächte**  
Von Dostojewski . . . . . Preis 1.80 Mk.  
**Ueber See und Heide**  
Von Paul Joh. . . . . gebunden 8.— Mk.  
**Der Krötenreich**  
Von Konrad Veit . . . . . gebunden 8.— Mk.  
**Der Weg zum Haj**  
Von Konrad Veit . . . . . gebunden 11.— Mk.

**Buchhandlung „Freiheit“**  
Berlin G2 / Breite Straße 8-9.

**Deutscher Metallarbeiter-Verein**  
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Minierstr. 83-85  
Geschäftszeit von vorn. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.  
Telephon: Amt Norden 195, 1239, 1987, 9714.

**Branchen-Versammlung**  
der Zigarettenmaschinenführer und  
Betriebshandwerker Groß-Berlins  
Tagesordnung:  
1. Bericht über den derzeitigen Stand unserer  
Tarifbewegung.  
2. Branchenangelegenheiten.  
3. Betriebsangelegenheiten und Verschöneren.  
Ohne Mitgliedsausweis kein Zutritt.

**Mechaniker**  
Am Donnerstag, den 26. Mai, abends 7 Uhr, in der  
Kommandanten-Gesellschaft, Kommandantenstraße 42  
**Versammlung**  
aller Kollegen und Kolleginnen, deren Betriebe  
dem Arbeitgeberverband für Feinmechanik und  
Optik angeschlossen sind  
Tagesordnung:  
Eingangnahme zur neuen Arbeitsordnung und zum Rahmenvertrag  
Die Ortsverwaltung.

**Billige Arbeiterstiefel!**  
gut durchrepariert, neu beschl.  
**Schnürschuhe, Paar Mark 35,—**  
**Schaftstiefel, Paar Mark 50,—**  
sowie Gesschirren und Leder aller  
Art zu außerordentlich billigen Preisen.  
Eisenauer Str. 11, Laden 4. **Frankfurt, 28. Ecke Radebr.**  
Spandau, Charlottenstr. 2. Tel.: Eganzen 49 (Neb.-Anschl.)

**Gold, Silber, Ringe**  
**Platin Ketten, gold. Uhren**  
**Zahngelisse usw.**  
**kauft Uhrmacher zu**  
**reellen Tagespreis.**  
Neukölln, Bergstraße 140  
Eingang Gesschirren, im Laden. Tägl. von 9-7 Uhr.  
Vorgelegt dieses erhält Mk. 3.— beim Verkauf.  
Straßenbahnlinie: 47, 48, 22, 46. — 5 Minuten vom Ring  
Bahnhof Neukölln 7, 15, 53, 10.

**Demnächst erscheint!**

## Russische Korrespondenz

Nummer 5

Inhalt: A. Denis: Die Vorbereitungen und die Bedeutung der neuen Politik Sowjet-Russlands (Ueber die National-  
heut); Ueber die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften (Rede von G. Blumensol, 2. Trojki  
und W. Schlegelmann auf dem X. Kongress der Kommunistischen Partei Russlands, Moskau, März 1921); A. Wexler:  
Ueber die Einheit der Partei (Rede auf dem X. Kongress der K. P. U.); A. Wexler: Ueber den Vertrag von  
Rede auf dem X. Kongress der K. P. U.); S. Krivomann: Aufbau der wirtschaftlichen Organisationen in Sowjet-  
Russland; G. Waggas: Die neue Wirtschaftspolitik Sowjet-Russlands; Denis: Rede auf der Moskauer Konferenz  
der Transportarbeiter; Der englisch-russische Handelsvertrag; Vertrag zwischen England und Persien;  
Vertrag zwischen England und der Türkei; Friedensvertrag zwischen England, der Ukraine und  
Polen; J. Kappoport: Die Wirtschaft Turkeiens im Jahre 1920; A. Wolgmann: Das Problem des Arbeitsschlers.

128 Seiten Preis Mark 5.— 128 Seiten

**Zu beziehen durch Franks Verlag G. m. b. H., Leipzig**

**Bollrich & Sohn**  
11. Jolles Caprice 11.  
am **Drausenburger Tor**  
Der **letzte Chemann**  
mit **128. 8. Trauer**

**Genossen werbt für die „Freiheit“**

Groß-Berlin

Der beliebte § 11

Es ist Pflicht der Presse, Mißstände jeder Art sachlich zu kritisieren und auf ihrer Abstellung zu dringen. In der Natur der Sache liegt es, daß diese Kritik den beteiligten Personen oder Körperschaften unangenehm ist.

In der Abendausgabe vom 12. Mai kritisierten wir unter der Spitzmarke „Grober Mißbrauch von Wohnräumen“ die Tatsache, daß in der Raugarde Str. 8, ein Wohnzimmer in eine Fischräucherbude umgewandelt wurde, daß ferner der Rauch dieser Bude die Gesundheit und das Leben der Hauseinwohner erheblich gefährde.

Wir empfehlen dem Herrn „Berichtigung“-Einsender dringend, in einer Berichtigung nur Tatsachen festzustellen, aber nicht Tatsachen als Unwahrheiten zu bezeichnen.

Der Brandenburgische Provinziallandtag

Letzte Montag die Beratung des Haushaltsplanes fort und beendigte sie nach mehrstündiger Verhandlung; in erster Lesung wurde dem Hauptvoranschlag mit einigen Veränderungen und Änderungen zugestimmt.

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

Aus dem Manuskript übertragen von Hermine zur Wehlen Copyright by Der Rast-Verlag Berlin-Potsdam 1921

Tödlige Angst vertrieb aus Peters Gehirn alle anderen Gedanken. Seine Zähne klapperten wie ein jorneriger Specht, seine Füße trugen ihn nicht mehr, er sank auf den Bettrand, starrte die drei Aktefengichter an.

Peter erinnerte sich Kells Rat: „Durchhalten, Peter, durchhalten.“ „Was — was — einen Sie, Herr Andrews?“

„Sie hat gelogen!“ rief Peter. Andrews jedoch erwiderte: „Anfinn, Gudge, so leicht betrügt man uns nicht.“

Peter sah ein, die Sache sei hoffnungslos, nun galt es nur noch zu erfahren, was seiner harre. Würden sie ihn bloß beschimpfen und an sein Gewissen appellieren? oder würden sie ihn fortzuschleppen, foltern, erwürgen?

Andrews begann ihn auszufragen. Peter leugnete hartnäckig, daß er je etwas über den Fall Goover ausgefragt, auch mit dem Bombenschwindel habe er nichts zu tun gehabt.

Dahme wurde eine besondere einmalige Beihilfe von 35 000 Mark bewilligt und die Gesamtunterstützung für die landwirtschaftlichen Schulen von 550 000 auf 600 000 M. erhöht, wobei der bisherige Restposten noch für dieses Jahr gelten soll.

Ein pflichteifriger Arzt

Der Betriebsrat der Firma Bruno Bahlsitzsch, Maschinenfabrik, Berlin S. 61, Gneisenaustr. 67, schreibt uns:

Am Dienstag, den 26. April 1921, nachmittags gegen 3 Uhr, erlitt der Maschinenbauernlehrling Hans Walla, wohnhaft bei seinen Eltern, Urbanstraße 5, einen Unfall im Betriebe. Er ist nämlich beim Auspuhen an der Drehbank mit dem Zeigefinger der rechten Hand in das Loch einer Mutter hineingeraten, die Mutter drehte sich auf den Finger hinaus und mußte im Betriebe auf dem Finger versetzt, bzw. konnte nur auf diese Weise entfernt werden.

Der Arzt wird sich dazu äußern müssen. Um ihm das Absenden einer nicht dem Pressegesetz entsprechenden Berichtigung zu ersparen, wollen wir schon jetzt bemerken, daß Herr Dr. Lüdecke nur die tatsächlichen Angaben widerlegen darf und sich jedes Urteils enthalten muß.

Ein sinnloses Verbot

Wie wir erfahren, ist durch die Oberförsterei Potsdam das Befahren des Salkowees ebenso wie das Baden in diesem verboten worden. Diese Maßnahme ist ein Zeichen, daß auch in den Oberförstereien noch die vermoderte Amtstübeln herrscht.

In der Vorkriegszeit war das Befahren des Sees von der Zahlung einer besonderen Pauschalsumme abhängig. Genehmigung zum Zellfahren wurde nicht erteilt. Soll dieser Zustand vielleicht wieder herbeigeführt werden? Hat man sich vielleicht daran gestoßen, daß am See in letzter Zeit eine Anzahl Ausflügler, statt in hoffähiger Kleidung zu spazieren, gebadet haben?

Demonstration der Arbeiter-Sportler Groß-Berlins

Am Sonnabend, den 28. Mai, wird der für das gesamte Reich auf Sonntag, den 29. Mai, festgesetzte Reichs-Arbeiter-Sport-Tag in Groß-Berlin mit einer riesigen Demonstration der hiesigen Arbeiter-Sportler eingeleitet.

Die Demonstration soll unseren noch in bürgerlichen oder logen „neutralen“ Vereinen befindlichen Arbeitsbrüdern eine

Warnung sein, sich auch in Sport- und Gesellschaftsorganisationen ihren Klassengeossen anzuschließen. Sie soll ferner ein Aufruf sein an alle Arbeiter-Eltern, ihre Kinder dem Turnen und Sport in Arbeiter-Vereinen zuzuführen, damit sie durch die Selbstübungen gefestigt in den Kampf ums Dasein eintreten können.

Treffzeit auf sämtlichen Sammelstellen nachmittags 5 Uhr. 1. Friedrichshain (am Märchenbrunnen), 2. Humboldthain (Gustav-Weier-Allee), 3. Kleiner Tiergarten (Stromstraße), 4a. Askaniischer Platz (Waldernstraße), 4b. Belle-Alliance-Platz.

Die Abteilungen der Groß-Berliner Vereine sammeln sich am demjenigen Platz, der ihrem Uebungslokal am nächsten liegt. Die Ortsstellen der Groß-Berliner Vororte begeben sich zweckmäßig geschlossen zu dem für sie am besten erreichbaren Sammelplatz.

Es ist selbstverständlich, daß Genossinnen und Genossen in Sportkleidung erscheinen. Die Arbeiter-Musikvereine, insbesondere die Mandolinisten, legen sich sofort mit ihren Gruppenleitungen in Verbindung zwecks Einteilung in die einzelnen Züge.

Großes Arbeiter-Sportfest im Stadion Grunewald (Reichs-Arbeiter-Sport-Tag)

Um der Groß-Berliner Arbeiterschaft zu beweisen, was die Arbeiterportler zu leisten vermögen, findet am Sonntag, den 29. Mai, im Stadion Grunewald, ein großes Arbeiter-Sportfest statt. Weit über tausend Kinder und viele hunderte erwachsene Turner zeigen in Frei- und Geräteübungen ihre Kunst.

Beginn der großen Veranstaltungen nachmittags 2 Uhr. Das Stadion wird vormittags 10 Uhr geöffnet. Eintrittskarten im Vorverkauf bei allen Arbeiter-Sportlern in den Betrieben zu erlangen.

Fahrtgelegenheiten: Straßenbahn Linie D und U bis Bahnhof Heerstraße, Untergrundbahn bis Reichslandsplatz, Borortbahn über Charlottenburg bis Bahnhof Rembrandt (Richtung Spandau), Beste Verbindung Belling bis Bahnhof Witzleben, dann 15 Minuten Fußweg.

Arbeitsbrüder und -schwester! Kommt, seht euch die Leistungen eurer sporttreibenden Klassenossen an. Gestaltet das Fest durch Massenbesuch zu einem wirklichen Volksfest!

Verwaltungsbezirk Richtenberg. Wir fordern alle proletarischen Eltern auf, ihre Kinder, die zum Herbst die Schule verlassen, zur Jugendweiche anzumelden. Teilnahme kostenlos. Anmeldungen bei Klüfener, Scharweberstr. 33, Seipke, Kronprinzenstr. 46, Werner, Wilhelmstr. 3 und Richter, Eitelstr. 72.

Betriebsänderungen bei der Berliner Straßenbahn. Vom 28. d. M. ab wird die während der verkehrsschwächeren Stunden wenig benutzte Linie 86 eingezogen und an den Werktagen nur während der Hauptverkehrszeiten früh und nachmittags je nach Bedarf als Einzellinie 83E verkehren, ebenso wird der Betrieb auch an Sonn- und Feiertagen je nach Bedarf unter der Bezeichnung 83E erfolgen.

Als sie versuchten, ihn zu überführen, nahm er jählings keine ganze Würde zusammen, erklärte, sie hätten kein Recht, ihn auszufragen, er sei ein hundertprozentiger reinblütiger amerikanischer Patriot, habe sein Land und seinen Gott vor den deutschen Agenten und den verräterischen Bolschewiki geschützt.

Das brachte Donald Gordon zum Rasen. „Sie haben in unsere Broschüren Sätze eingeschmuggelt, die zu unserer Verhaftung führten!“

„Das ist eine Lüge, ich habe nie derartiges getan.“

„Sie haben die Bleistiftstriche ausradelt, mit denen ich in der Broschüre den einen Satz ausgetrichen hatte.“

„Ich habe es nicht getan!“ rief Peter immer wieder. „Habe es nicht getan — —“

Plötzlich ballte der riesenhafte John Durand die Fäuste, sein Gesicht wurde vor zurückgehaltener Wut schauerlich. „Sie feiger, jämmerlicher Hund!“ schrie er. „Wir sollten Ihnen die Lügengänge ausreißern.“ Er trat einen Schritt vor, als wolle er es wirklich tun.

David Andrews sprang zwischen die beiden. Er war ein Advokat, wirkte genau, was sie und was Guffeys Leute tun durften, und dies war nicht das gleiche. „Nein, nein, John“, sagte er. „Das nicht. Wir haben jetzt wohl alles Nötige erfahren. Können den Kerl, seinem eigenen Gewissen und seinem Jingo-Gott überlassen. Komm, Donald.“

Als Peter die ganze Sache recht überlegte, ward ihm alles klar und er erkannte, wach ein wahnsinniger Idiot er gewesen sei. Er hätte doch wissen müssen, es gälte vorsichtig zu sein, besonders jetzt, da er im Verdacht stand, Donald Gordons Bleistiftstriche ausradelt zu haben.

Peter verbrachte einen beträchtlichen Teil der Nacht mit dem Ausdenken der Geschichte, die er morgen Mc Givney erzählen würde. Natürlich würde er Rosie Stern nicht er-

wähnen, würde behaupten, die Roten wären seiner Spur bis zu Zimmer 427 gefolgt, hätten in Guffeys Agentur einen Spion. Peter erzählte am folgenden Tag feierlich diese Geschichte und erkannte wieder einmal zu spät, daß er abermals eine Dummheit begangen habe. Im Verlauf von vierundzwanzig Stunden wußte jeder Rote von American-City die Wahrheit über die Enthüllung Peter Guffeys als Spion des Trustes.

„Suchen Sie sich eine Arbeit mit Schaufel und Spaten“, sagte Mc Givney, und Peter trollte sich verzweifelt von dannen. Er hatte bloß etliche Dollars in der Tasche. Diese waren bald ausgegeben, nun stand ihm abermals der Hungerwolf gegenüber und klokte ihn grimmig an.

Peter sollte als Staatszeuge auftreten, er kenne genau die rote Bewegung, kenne die Pazifisten, Sozialisten, Syndikalisten und J. W. W., die sich im Gefängnis befanden. In etlichen Fällen ermangelte es an Beweisen; Peter könne wiederum seinen Lohn erhalten, wenn er bereit sei, in der Zeugenbank zu sitzen, auszusagen, was man ihm vorschrieb, wenn er es vermöge, sich im Gerichtssaal anzuhalten, ohne sich in einen weiblichen Geschworenen oder in eine Spionin der Gegenpartei zu verlieben.

Ja, meinte Mc Givney, es sei nicht ungefährlich für einen derartigen Feigling, doch hatten bereits viele dazu den Mut gehabt, und noch keiner sei daran gestorben. Mc Givney behauptete, ihn interessiere es wenig, ob Peter einwillige oder nicht, er besofe bloß Guffeys Befehl. Die Arbeit sei vierzig Dollars die Woche wert, Peter möge es sich überlegen.

(Fortsetzung folgt.)

